

Beginn des Aufschwungs

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2021 – 2022

Inhaltsübersicht

Weltwirtschaft auf Erholungskurs	1
Deutschland: Beginn des Wirtschaftsaufschwungs	3
Arbeitsmarkt: Die Krise wird überwunden	5
Öffentliche Finanzen: Weiterhin hohe Defizite	6
In die Zukunft investieren, Schuldenbremse streichen, gerechte Steuerpolitik!	7
Löhne und Tarifpolitik	9

Weltwirtschaft auf Erholungskurs

Die Weltwirtschaft erholt sich von den Folgen der Corona-Pandemie. Die Wirtschaftsexperten prognostizieren für das laufende Jahr ein globales Wachstum von über fünf Prozent. Im Jahr 2020 schrumpfte die Weltwirtschaft noch um 3,5 Prozent. Die expansive Geldpolitik der großen Zentralbanken, Konjunkturprogramme und erfolgreiche Impfkampagnen haben den großen Volkswirtschaften wieder auf die Beine geholfen. Die internationalen Wertschöpfungs- und Lieferketten funktionieren wieder. Der Welthandel wird dieses Jahr um voraussichtlich acht Prozent wachsen, nachdem er 2020 um fast neun Prozent schrumpfte. Der Aufschwung der Weltwirtschaft führt zu steigenden Rohstoffpreisen. Der Rohölpreis liegt mit rund 70 US-Dollar auf einem Zweijahres-Hoch. Die internationalen Finanzmärkte haben den pandemiebedingten Ausverkauf in der ersten Jahreshälfte 2020 längst verarbeitet. Die großen Börsen eilen von Rekord zu Rekord, da es in Niedrigzinszeiten an alternativen Anlagemöglichkeit fehlt.

Die US-Wirtschaft schiebt die Weltwirtschaft an. Washington befindet sich seit Herbst 2020 wieder im Aufschwung. Für 2021 erwartet das IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) ein US-Wachstum von stolzen sieben Prozent. Folglich wird die US-amerikanische Wirtschaft schon im laufenden Jahr das Vorkrisenniveau erreichen. Der private Konsum, die Investitionen und die Staatsausgaben treiben das Wachstum an. Die Arbeitslosenquote fiel von ihrem Höchststand – 14,5 Prozent im April 2020 – auf inzwischen sechs Prozent. Der kräftige Aufschwung lässt die Verbraucherpreise um voraussichtlich 2,5 Prozent steigen. Das 1,9 Billionen US-Dollar schwere Hilfspaket des neuen US-Präsidenten Joe Biden – dies entspricht neun Prozent des US-Sozialprodukts – sorgte maßgeblich dafür,

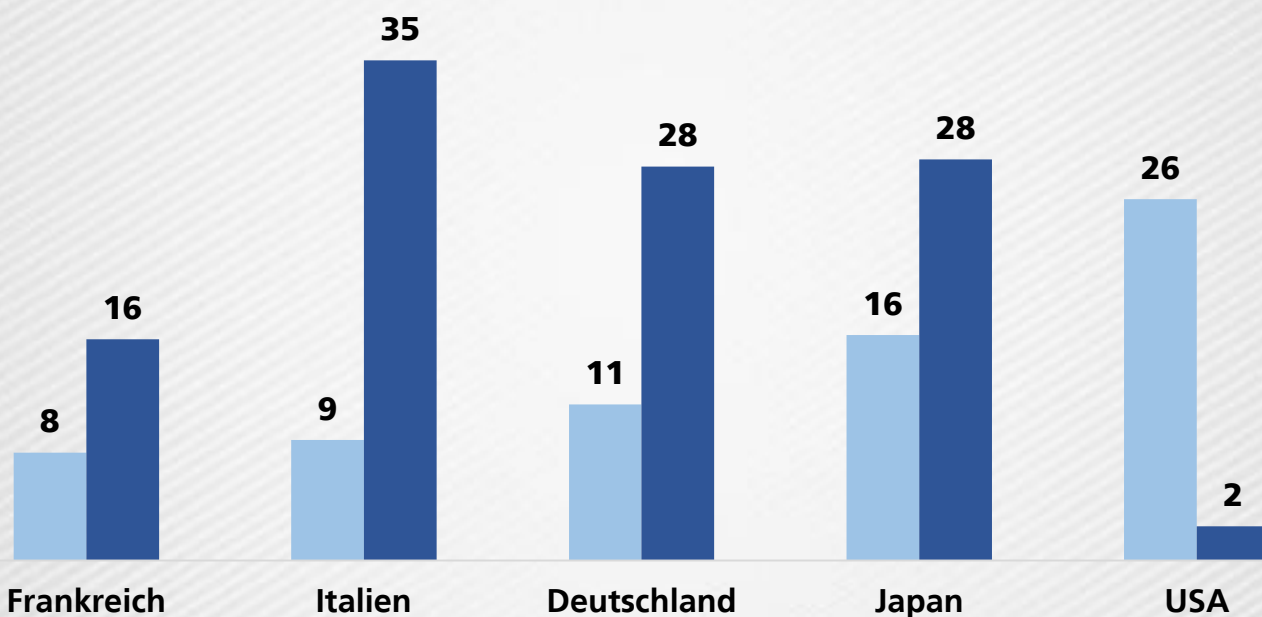
dass wirtschaftliche Erholung so stark ausfällt. Allein drei Prozentpunkte des US-Wachstums sind dem US-Konjunkturprogramm geschuldet.

Europa erholt sich ebenfalls von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Allerdings verläuft der Aufschwung langsamer und schwächer als in den USA. Im laufenden Jahr rechnet das IMK für die EU mit einem Wachstum von 5,1 Prozent. Im letzten Jahr brach das europäische Wachstum um 6,4 Prozent ein. Für den Euroraum fällt die Wachstumsprognose – 5,2 Prozent – ähnlich aus. Die Eurozone dürfte ihr Vorkrisenniveau erst Anfang 2022 wieder erreichen. Auf den europäischen Arbeitsmärkten wird sich die Lage nicht verbessern. Voraussichtlich wird die Arbeitslosigkeit in der EU von 7,8 Prozent (2020) auf 8,4 (2021) Prozent steigen. Die Verbraucherpreise der Eurozone werden vermutlich um 1,6 Prozent

Corona-Hilfsprogramme der Staaten



■ zusätzliche Ausgaben ■ Kredite, Beteiligungen, Garantien
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



zunehmen. Damit bleibt die Teuerung unter der Zielinflationsrate der EZB von zwei Prozent.

Treiber des europäischen Aufschwungs sind der private Konsum sowie die Geld- und Fiskalpolitik. Die europäische Zentralbank hat durch umfangreiche Wertpapierkäufe dafür gesorgt, dass die Zinsen niedrig bleiben. Die Konjunkturlösungen der EU-Staaten haben ebenfalls dazu beigetragen, die Krise schnell zu überwinden. Die Konjunkturpakete sind allerdings kleiner ausgefallen als auf der anderen Seite des Atlantiks. Für Frankreich, Italien und Spanien erwartet das IMK dieses Jahr ein Wachstum zwischen fünf und sieben Prozent, nachdem die Wirtschaftsleistung dieser großen Volkswirtschaften 2020 um acht bis elf Prozent abstürzte. In allen drei Ländern werden ein nachholender Konsum und ein sich erholender Tourismussektor – Italien und Spanien – den Aufschwung stützen.

Eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Gesundung Südeuropas kann der neu geschaffene, 750 Milliarden Euro schwere europäische Wiederaufbaufonds spielen. Die EU wird erstmals europäische Anleihen begeben. Diese Finanzmittel sollen den europäischen Nationalstaaten in Form von Krediten und nicht zurückzahlbaren Zuschüssen zur Verfügung gestellt werden. Das Geld soll dann für öffentliche Investitionen in das Gesundheitswesen, Digitalisierung und die Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt werden.

China hat die pandemiebedingte Wirtschaftskrise sehr schnell überwunden. Die chinesische Wirtschaft war die einzige große Volkswirtschaft, die 2020 wuchs. Die chinesische Regierung stoppte bereits im Frühjahr 2020 durch Ausgangssperren, Kontaktnachverfolgung, Massentests, Einreisebeschränkungen und Quarantänemaßnahmen die Ausbreitung des Virus. Wie in den USA belebten der private Konsum und die Investitionstätigkeit das Wirtschaftswachstum. Im Sommer übertraf

die chinesische Wirtschaftsleistung bereits wieder das Vorkrisenniveau. Für 2021 wird ein Wachstum von über acht Prozent erwartet.

Die Schwellenländer wuchsen 2020 um voraussichtlich vier bis sechs Prozent. Russland, Brasilien und Mexiko profitieren von steigenden Rohstoffpreisen.

Deutschland: Beginn des Wirtschaftsaufschwungs

Im ersten Jahr der Corona-Pandemie (2020) brach das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt um 4,9 Prozent ein. Nach dem Ende des ersten Lockdowns im Frühjahr setzte eine Erholung ein, die mit der zweiten Corona-Welle ab November wieder gestoppt wurde. Die ab Herbst 2020 eingeführten Maßnahmen gegen die Pandemie galten fast durchgängig bis Mai/Juni 2021 fort. Ein weiterer Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist daher erst ab Sommer zu erwarten.

Die negativen Auswirkungen der Pandemie und des Lockdowns trafen vor allem Dienstleistungsbranchen, etwa den Einzelhandel (außer Lebensmittel), körpernahe Dienstleistungen, Kultur, Freizeiteinrichtungen, Hotellerie und Gastronomie. Hingegen verbesserten sich die Konjunkturerwartungen des Verarbeitenden Gewerbes und der Bauwirtschaft schon Ende 2020. Angesichts sinkender Inzidenzwerte und steigender Impffzahlen, ergänzt um den Einsatz von Coronatests, scheint aus heutiger Sicht eine dauerhafte Erholung auch des von der Pandemie stark betroffenen Dienstleistungssektors möglich.

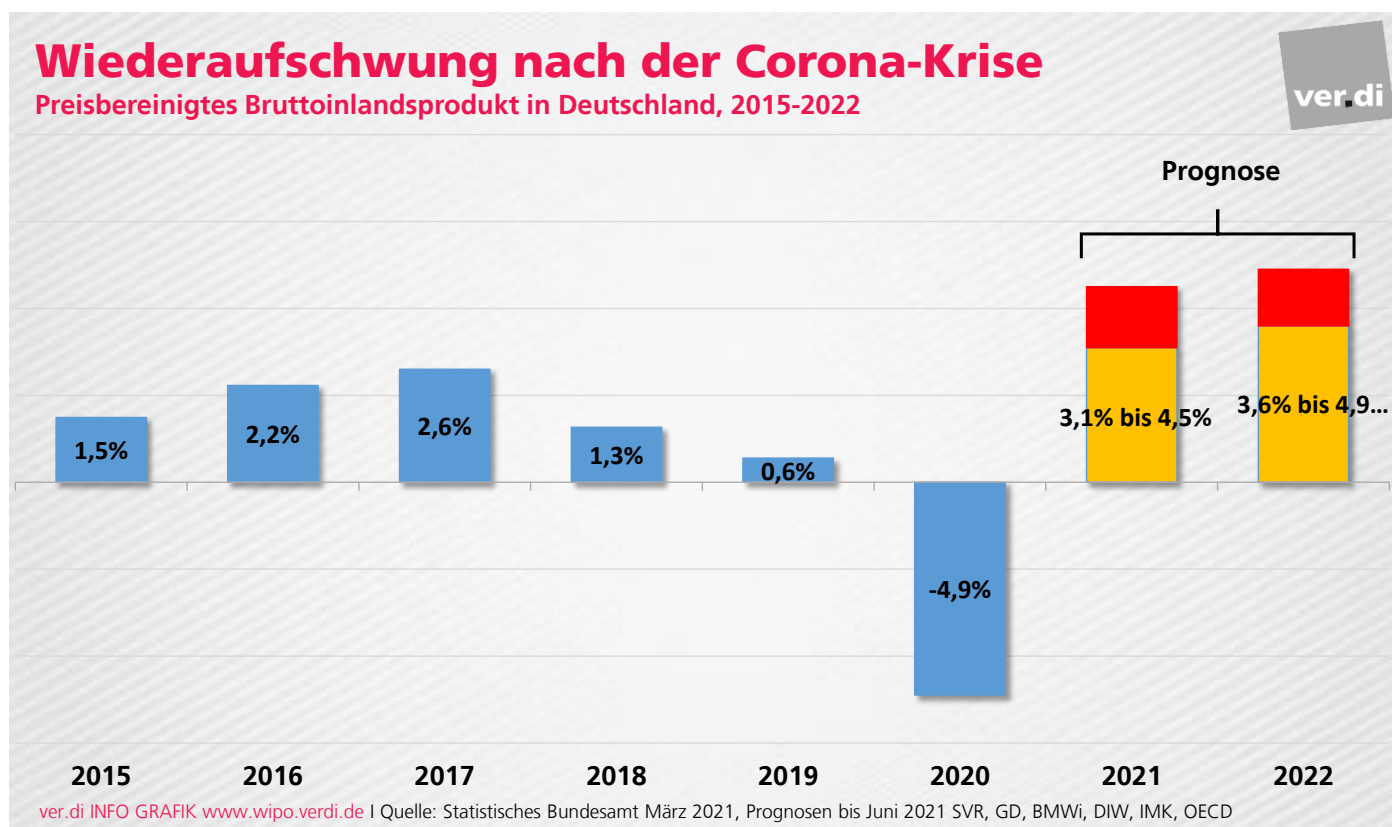
Ohne die Antikrisenpolitik der Bundesregierung wäre der wirtschaftliche Einbruch noch stärker ausgefallen. Durch Kurzarbeit, durch erhöhte Sozialleistungen bzw. einen erleichterten Zugang zu diesen sowie durch Kredite und Zuschüsse für

Unternehmen konnten Insolvenzen und Entlassungen verhindert werden. Diese Maßnahmen stärkten die Nachfrage, schützten Arbeitsplätze und sicherten Zahlungsströme. Auch ein Übergreifen der Krise auf den Finanzsektor konnte so verhindert werden. Die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, welche die Zinsen weiter niedrig hielt und so für günstige Finanzierungsbedingungen sorgte, stützte und ergänzte die staatlichen Maßnahmen.

Aus heutiger Sicht ist in den kommenden Monaten eine verstärkte Konjunkturerholung zu erwarten. Das IMK rechnet für 2021 mit einem preisbereinigten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 4,5 Prozent und in 2022 mit einem Wachstum von 4,9 Prozent. Hierzu trägt eine wieder gestiegene Binnennachfrage bei, wobei von den Investitionen der Unternehmen und insbesondere von der privaten Konsumnachfrage stärkere Impulse ausgehen dürften. Steigende

Löhne, eine wachsende Beschäftigung, ein Rückgang der Kurzarbeit und die Wiederöffnung der coronabedingt geschlossenen Dienstleistungssektoren sowie aufgestaute Nachholbedarfe stärken den Konsum. Das IMK prognostiziert für 2021 einen Anstieg des privaten Konsums um 2,0 Prozent, für 2022 ein Plus von 7,0 Prozent.

Zudem ist zu erwarten, dass die Ausfuhren, die schon in den zurückliegenden Monaten wieder zunahmten, weiter anziehen: Nicht nur Deutschland, sondern auch andere Staaten starteten Konjunkturprogramme von teils beachtlicher Größe. Insbesondere das fast zwei Billionen Dollar schwere Paket der neuen US-Bundesregierung fand dabei Beachtung. Von diesen Programmen und von einer erwartbar guten US-Konjunktur und kräftigem Wachstum in China dürften 2021 und 2022 die exportorientierten deutschen Unternehmen profitieren. Das IMK rechnet mit ei-



nem Exportplus von 10,9 Prozent in 2021 und 7,4 Prozent in 2022.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass Prognosen momentan mit großer Unsicherheit behaftet sind. Die wirtschaftliche Erholung hängt stark von der weiteren Entwicklung der Pandemie ab. Sollte es im Herbst zu einer vierten Infektionswelle kommen, wäre ein erneuter Einbruch der Wirtschaft möglich. Sollten dank einer erfolgreichen Impfkampagne hingegen rasch weitere Öffnungsschritte umgesetzt werden können, so wäre sogar ein kräftigerer Aufschwung denkbar.

Die Verbraucherpreise steigen derzeit etwas beschleunigt. 2020 betrug die Teuerung in Deutschland lediglich 0,5 Prozent, ein im Jahresvergleich sehr niedriger Wert. Für 2021 erwartet das IMK 2,5 Prozent, für 2022 noch 1,7 Prozent. Auch andere Institute weisen zuletzt Schätzungen von teils deutlich über zwei Prozent aus. Die aktuell steigenden Preise sind auf Sondereffekte zurückzuführen: Mit Jahresbeginn wurde die zwischenzeitlich gesenkte Mehrwertsteuer wieder erhöht. Zugleich trat die erste Stufe der CO₂-Bepreisung in Kraft. Beides schob die Preise an. Auch haben die globalen Rohölpreise angezogen, und bei einigen Rohstoffen und Vorprodukten gibt es weltweite Lieferschwierigkeiten. Da diese Effekte aber vorübergehend sein dürften und die Produktionskapazitäten derzeit und absehbar nur teilweise ausgelastet sind, dürfte sich die Preisentwicklung mittelfristig wieder beruhigen. Dies ist umso mehr zu vermuten, als die Zusatzkosten für coronabedingte Hygienemaßnahmen in zunehmendem Maße wegfallen dürften.

Arbeitsmarkt: Die Krise wird überwunden

Die Corona-Pandemie bzw. die Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen haben den Arbeitsmarkt stark getroffen. Die Erwerbstätigkeit schrumpfte um über 700.000, im Jahresdurchschnitt 2020 um eine halbe Million. Dabei ging besonders die Zahl der Minijobs und der Selbstständigen zurück, während die sozialversicherte Beschäftigung weniger sank und im Jahresdurchschnitt stabil blieb.

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg 2020 um knapp eine halbe Million auf 2,7 Millionen, die Arbeitslosenquote von 5,0 Prozent (2019) auf 5,9 Prozent. Wesentlich stärker kletterte zwischenzeitlich die Kurzarbeit, von etwa 100.000 auf knapp sechs Millionen im Frühjahr 2020 und erneut auf über drei Millionen im Januar und Februar 2021. Das rettete auf dem Höhepunkt der Krise weit über zwei Millionen Arbeitsplätze und im Winter und Frühjahr 2021 weiterhin über eine Million.

Nachdem die dritte Welle der Pandemie in Deutschland überwunden ist und die Impfungen voranschreiten, ist zu erwarten, dass die Kurzarbeit im weiteren Verlauf des Jahres 2021 und 2022 auf einige hunderttausend zurückgehen und die Beschäftigung wieder kräftig wachsen wird. Die (saisonbereinigte) Erwerbstätigenzahl steigt seit März 2021 wieder. Im Jahresdurchschnitt 2021 wird sie etwa auf dem Niveau des Jahres 2020 liegen und dann 2022 wahrscheinlich etwa 600.000 höher und wieder über dem Niveau von 2019. Der Zuwachs wird überwiegend im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung stattfinden.

Die Arbeitslosigkeit geht ebenfalls wieder zurück, aber langsamer. Für 2022 erwarten die Forschungsinstitute jahresdurchschnittlich 2,4 Millionen registrierte Arbeitslose bzw. 5,2 Prozent, also noch etwa 100.000 mehr als vor der Krise, nach 2,6 Millionen in 2021. Problematisch ist, dass sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen, die seit über einem Jahr arbeitslos gemeldet sind, im Laufe der Krise von gut einem Viertel auf etwa 40 Prozent im Mai 2021 zugenommen hat. Es kommt jetzt darauf an, dass in einem kräftigen Aufschwung möglichst viele Neueinstellungen vormals – am besten schon länger – Arbeitsloser vorgenommen werden.

Öffentliche Finanzen: Weiterhin hohe Defizite

Nachdem der deutsche Staat in den Vorjahren erhebliche Finanzierungsüberschüsse erzielt hatte, schlug dies 2020 krisenbedingt massiv um. 2020 betrug das staatliche Finanzierungsdefizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung etwa 150 Milliarden Euro, das sind 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In der Rechnung der Finanzstatistik betrug das Defizit knapp 190 Milliarden Euro. Der Schuldenstand des Staates nahm noch stärker zu als das Defizit, weil vergebene Kredite und Bürgschaften nicht als Defizit zählen: um fast 270 Milliarden Euro, von 60 auf 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

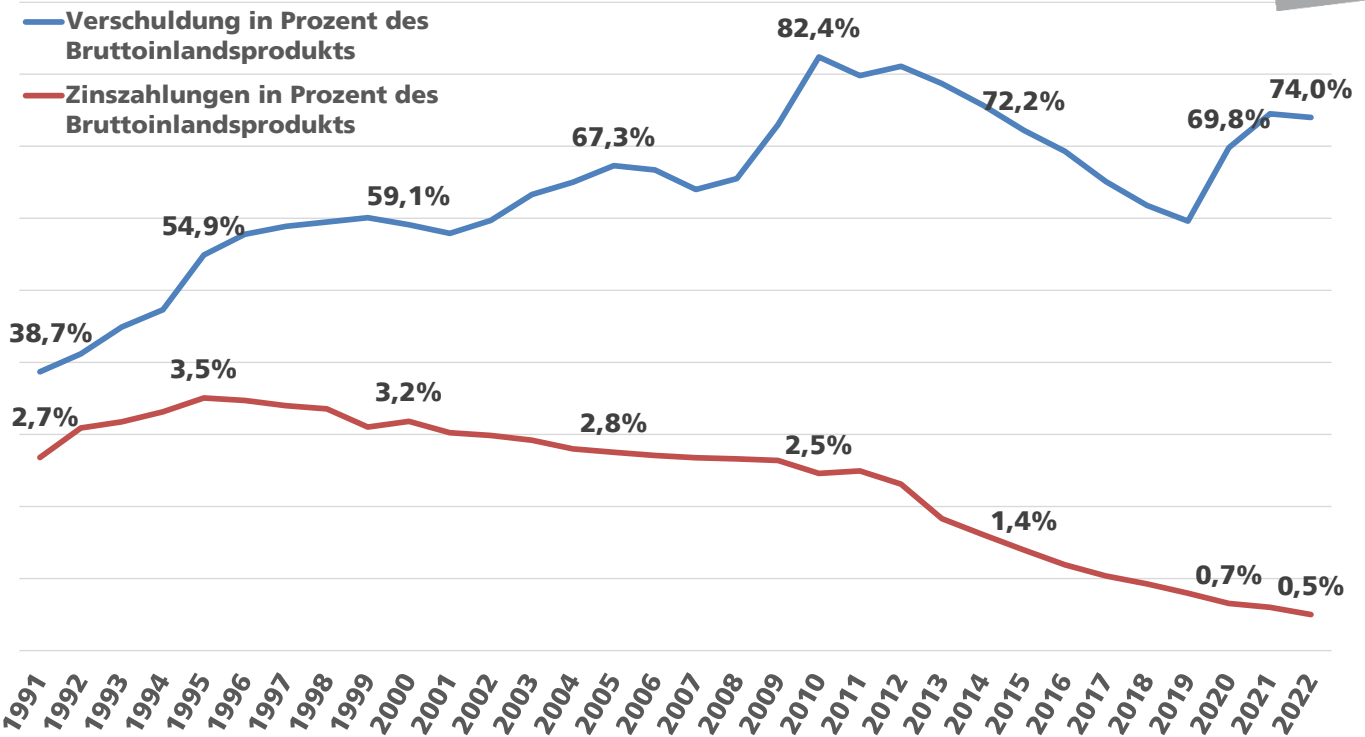
Ursächlich für das Defizit waren einerseits sinkenden Steuereinnahmen. Letztere fielen gegenüber 2019 um etwa 60, gegenüber der Schätzung von November 2019 sogar um 76 Milliarden. Auf der anderen Seite stiegen die Ausgaben für Subventionen an Selbstständige und Unternehmen und für Sozialleistungen – Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld, Grundsicherung, Ausgaben für das Gesundheitswesen usw. Die Hauptlast hat der Bund

übernommen, mit einem Defizit von 130 Milliarden Euro in der Finanzstatistik, die Länder 34 Milliarden Euro und die Sozialversicherungen 28 Milliarden Euro. Die Gemeinden hatten einen kleinen positiven Saldo, weil ihre Steuerausfälle und Mehrausgaben durch höhere Transfers von den Ländern und dem Bund ausgeglichen wurden.

Weitere Corona-Hilfsmaßnahmen im Winter 2021 und Ausgabe für Masken, Tests und Impfungen einerseits, krisenbedingt geringere Steuereinnahmen sowie die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags andererseits werden auch 2021 zu massiven Defiziten führen. Die Mehreinnahmen aus dem Wiederanstieg der Mehrwertsteuersätze und die neue CO₂-Abgabe können das nicht ausgleichen. Im Bundeshaushalt und im offiziellen Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sind vorsorglich hohe Kreditaufnahmen eingestellt, ein Defizit von neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das wird aber voraussichtlich nicht ausgeschöpft werden, wahrscheinlicher ist ein Defizit in ähnlicher Größenordnung wie 2020 von vier bis fünf Prozent des BIP. Da gleichzeitig das (nominale) BIP mindestens ebenso steigt, bleibt die Schuldenstandsquote wahrscheinlich in etwa konstant bei 70 Prozent. Selbst wenn sie weiter stiege, würde aber die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte – die eigentlich wichtige Größe – in den kommenden Jahren weiter sinken.

Die staatliche Verschuldung ist in Deutschland im internationalen Vergleich gering und auch nur mäßig gestiegen: durch die Vereinigung, die Finanzkrise 2008/09 und dann die Corona-Krise. Gleichzeitig ist durch die sinkenden Zinsen die Belastung auf einen Bruchteil gesunken. Neue Kredite erzielen sogar Minuszinsen, der Staat verdient somit an zusätzlicher Verschuldung. Weitere Kreditaufnahme ist daher finanzpolitisch unproblematisch und ökonomisch nützlich. Auch

Öffentliche Verschuldung und Zinszahlungen in Deutschland



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: EU-AMECO, ab 2020: Bundesfinanzministerium, Deutsches Stabilitätsprogramm

die Frage der Rückzahlung stellt sich nicht: die Tilgung auslaufender Staatsanleihen erfolgt üblicherweise durch Ausgabe neuer Anleihen. Wenn das Bruttoinlandsprodukt wächst, sinkt die Schuldenquote sogar bei weiterer zusätzlicher Kreditaufnahme, solange diese in Maßen bleibt.

In die Zukunft investieren, Schuldenbremse streichen, gerechte Steuerpolitik!

Ein Problem stellt aber die 2009 gegen den Widerstand der Gewerkschaften ins Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse dar. Sie verbietet eine staatliche Kreditaufnahme von mehr als 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukt plus gegebenenfalls den Ausgleich konjunktureller

Schwankungen. Für 2020 und 2021 wurde eine Ausnahmeregelung für außergewöhnliche Notsituationen in Anspruch genommen, das ist auch 2022 geplant. Diese zusätzlichen Corona-Kredite müssen getilgt werden, der Bund hat dazu einen Zeitraum von 20 Jahren beschlossen. Das wird Tilgungsausgaben für den Bund von voraussichtlich deutlich über 10 Mrd. Euro im Jahr bedeuten. Dazu kommen wahrscheinlich zusätzliche Tilgungen der Länder von ungefähr fünf Mrd. Euro jährlich. Sie haben unterschiedliche Tilgungszeiträume zwischen drei (Sachsen-Anhalt) und 50 Jahren (NRW) beschlossen.

Wenn die Schuldenbremse wieder greift und die Corona-Kredite getilgt werden müssen, würde der finanzpolitische Spielraum massiv verengt. Im schlimmsten Fall würden notwendige soziale, kulturelle und ökologische Ausgaben gekürzt

werden, um krisenbedingte Schulden zu tilgen. Deswegen sollte die Schuldenbremse abgeschafft oder zumindest mittels längerer Tilgungsfristen und einer „goldenen Regel“ (Möglichkeit der Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen) gelockert werden.

Denn es gibt massive zusätzliche öffentliche Investitions- und Ausgabenbedarfe. Ende 2019 haben das gewerkschaftsnahe IMK und das arbeitgebernahe IW in einer gemeinsamen Studie öffentliche Investitionsbedarfe von mindestens etwa 45 Mrd. Euro pro Jahr über zehn Jahre abgeschätzt. Dabei wurden auch Ausgaben des Staates zur Förderung privater Investitionen (etwa energetische Gebäudesanierung) oder für Investitionen in „Humankapital“ (Personal im Bildungswesen) mit aufgeführt. Diese sollen überwiegend durch zusätzliche Kreditaufnahme aufgebracht werden. Dazu kommen große Investitions- und Personalbedarfe in den Bereichen Gesundheit und Altenpflege und weitere Personalbedarfe in öffentlichen und sozialen Diensten sowie Finanzbedarfe für die Verbesserung sozialer Leistungen (Rente, Grundsicherung, Arbeitsmarktpolitik usw.), die aus Steuern und Sozialbeiträgen zu decken sind.

Falls Schulden getilgt werden, sind die dazu notwendigen Finanzmittel durch eine zusätzliche Besteuerung von Reichen und Profiteuren der Krise aufzubringen. Darüber hinaus müssen übermäßige Altschulden finanzschwacher Kommunen durch einen Altschuldenfonds von Bund und Ländern übernommen werden. Nach der Krise brauchen wir eine umverteilende und gerechte Steuerpolitik, die den privaten Reichtum stärker in

die Pflicht nimmt, um öffentliche Armut zu überwinden. Dafür setzt sich ver.di im Bundestagswahlkampf und darüber hinaus ein.¹

ver.di fordert, dass endlich wieder eine Vermögensteuer mit hohen Freibeträgen von einer Million Euro pro Person erhoben wird. Bei der Erbschaftsteuer muss die Begünstigung der Superreichen durch die Verschonung großer Aktienpakete und Betriebsvermögen abgeschafft werden. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer muss erhöht werden, gleichzeitig sind kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Alle Gewinne aus unternehmerischen Aktivitäten müssen vollständig, gerecht und da besteuert werden, wo sie entstehen. Die geplante internationale Mindeststeuer ist da ein wichtiger Fortschritt, allerdings muss sie noch umgesetzt werden und sind 15 Prozent zu niedrig. Zudem muss Steuerflucht, Betrug und Geldwäsche auch durch mehr Personal im Steuervollzug bekämpft werden. Das Steuerkonzept der DGB-Gewerkschaften erbrächte Mehreinnahmen von etwa 60 Milliarden Euro im Jahr.²

Einnahmewirkungen des DGB-Steuerkonzepts pro Jahr	
Einkommensteuer	-12 Mrd. €
Vermögensteuer	+28 Mrd. €
Erbschaftsteuer	+7 Mrd. €
Unternehmenssteuern	+10 Mrd. €
Finanztransaktionssteuer	+17 Mrd. €
besserer Steuervollzug	+8 Mrd. €
Gesamtmehereinnahmen ca.	+60 Mrd. €

¹ Weitere Informationen und Materialien finden sich dazu auf der Internetseite des Bereichs Wirtschaftspolitik:

<https://wipo.verdi.de/publikationen/++co++57183c20-b7b2-11eb-aa4e-001a4a160119>

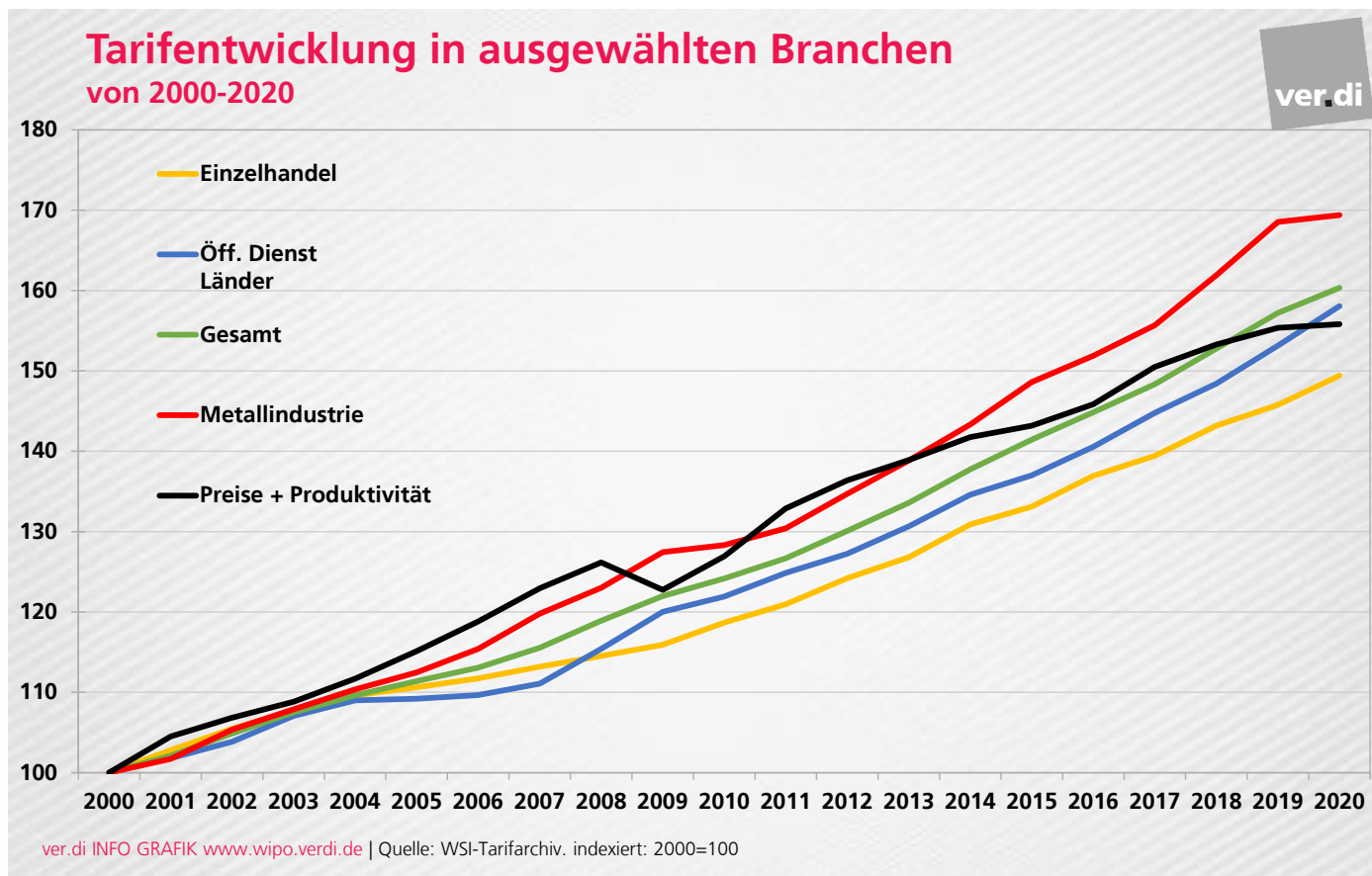
² Mehr dazu: <https://www.dgb.de/dgb-steuerkonzept>

Löhne und Tarifpolitik

Die Tariflöhne sind 2020 im Durchschnitt um zwei Prozent gestiegen, nach jeweils drei Prozent in 2018 und 2019. Aufgrund der geringen Preissteigerung von nur 0,5 Prozent ergab sich eine Steigerung der realen Tariflöhne um 1,5 Prozent. Das ist ein gewerkschaftlicher Erfolg. Zugleich waren im vergangenen Jahr viele Menschen von Kurzarbeit betroffen, in aller Regel verbunden mit spürbaren Einkommensverlusten. Da bedingt durch die Krise bzw. die Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung die Produktivität und die Gewinne der meisten Unternehmen sanken, wurde der rechnerische Verteilungsspielraum 2020 mehr als ausgeschöpft. Die Lohnquote (also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte bzw. Lohnkosten am Volkseinkommen) stieg und liegt mittlerweile

wieder auf dem Niveau des Jahres 2000. Die übliche Formel zur Bestimmung des Spielraums für Lohnerhöhungen ist in der gegenwärtigen besonderen Lage nur begrenzt anwendbar, zumal die wirtschaftliche Entwicklung von erheblichen Unsicherheiten geprägt ist. Gleichzeitig sind letztlich die Kräfteverhältnisse in den Tarifauseinandersetzungen entscheidend.

Die Unternehmen werden versuchen, ihre krisenbedingten Einbußen zu Lasten der Löhne auszugleichen. Dem müssen wir uns entgegenstellen, auch im Interesse einer möglichst schnellen und starken wirtschaftlichen Erholung nach der Krise und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze. Bei der Produktivitätsentwicklung scheint eine Orientierung am trendmäßigen Zuwachs von einem Prozent im Jahr angemessen, auch wenn der Zu-



wachs in 2021 – als Gegenbewegung zum Rückgang 2020 – höher sein wird. Die Preise werden 2021 voraussichtlich mit zwei Prozent oder mehr stärker steigen als in den vergangenen Jahren. 2022 und in den folgenden Jahren wird die Inflationsrate aber voraussichtlich wieder auf etwa 1,5 Prozent zurückgehen. Die Zielinflationsrate, die die Europäische Zentralbank anstrebt, liegt bei knapp zwei Prozent. Der verteilungsneutrale

Spielraum für Lohnzuwächse liegt im Trend bei drei Prozent bezogen auf 12 Monate.

Es ist also sinnvoll und angemessen, für 2021 und 2022 Tariflohnzuwächse im üblichen Rahmen der letzten Jahre zu fordern und möglichst auch durchzusetzen.

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Werneke
Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber. Juni 2021.

Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de